

VERTRAULICH

VERHANDLUNGSPROTOKOLL

der 39. Sitzung des Bundesrates

vom 6. Dezember 1993

Bei der Eröffnung der Sitzung zeigt sich **Bundespräsident Ogi** erfreut über die positive Aufnahme des Berichts über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren. Die Bereinigung der zentralen Aussagen des Berichts hat - so Bundespräsident Ogi - einiges an Arbeit und Diskussionen abverlangt. Der Aufwand hat sich aber gelohnt. Der Rat konnte einen realistischen Bericht vorlegen, der die Marschroute in einem innenpolitisch äusserst heiklen Bereich absteckt und die Balance zwischen verpflichtendem Programm und Freihalten eines Bewegungsspielraums gefunden hat. Für den Bundespräsidenten ist es nun Aufgabe des Bundesrates, den Bericht den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zu erklären und sie für den bundesrätlichen Weg zu gewinnen.

Bundespräsident Ogi kommentiert auch die Gespräche mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand. Bei diesem sehr freundschaftlichen Treffen wurden insbesondere das GATT, die europäische Integration sowie bilaterale Fragen erörtert.

Besprechung mit SNB-Präsident Lusser

Bundesrat Stich eröffnet die traditionelle Gesprächsrunde zwischen dem Bundesrat und dem Präsidenten der Nationalbank, Markus Lusser. Er unterstreicht, dass die Währungspolitik als zielkonform beurteilt werden kann. Die Teuerung ist zurückgegangen, und auch die Zinssätze sind gesunken. Theoretisch könnten diese noch tiefer angesetzt werden, doch würden dadurch die Schwierigkeiten der Regionalbanken zusätzlich vergrössert. Der Schweizer Franken ist als stabil zu werten. Es besteht aber die Gefahr, dass man in dieser Situation zuviel Geld schafft.

Gemäss den Ausführungen von Präsident Lusser plant die SNB 1994 ein Wachstum der Geldmenge um etwas mehr als ein Prozent. Nächstes Jahr dürften die Zinsen noch leicht sinken und die Teuerungsspirale weiter zurückgehen. Störungen auf den Geldmärkten sind aber vorbehalten. Aus verschiedenen Gründen, insbesondere wegen der mangelnden Nachfrage sowohl im Ausland als auch im Inland, war die



Konjunkturlage 1993 enttäuschend. Mitte 1993 ist aber die Talsohle erreicht worden, und wir stehen nun vor einer konjunkturellen Erholung. Auch der private Konsum sollte zunehmen, denn die Haushalte sind positiver gestimmt. Der Zinsrückgang sollte zum Tragen kommen. Leider wird sich die Beschäftigungslage aber erst gegen Ende des Jahres verbessern. In welchem Ausmass, ist schwer zu sagen. Warum ist die Beschäftigung bereits beim Eintreten der Konjunkturabschwächung sofort zurückgegangen? Zwei Hypothesen sind möglich. Entweder wollte die Wirtschaft, die mit einer langen schwierigen Periode rechnete, vom sozialen Netz der Arbeitslosenversicherung Gebrauch machen, oder aber sie wollte das bestehende Rationalisierungspotential während des Konjunkturtiefs verwirklichen. Herr Lusser glaubt eher an diese zweite Hypothese, so dass auch bei einer Ankurbelung der Konjunktur weiterhin mit Problemen bei der Beschäftigung zu rechnen ist. In bezug auf die Teuerung hat die Politik der SNB zum Ziel geführt. Es geht nun darum, die Preisstabilität beizubehalten.

In bezug auf die Regionalbanken ist damit zu rechnen, dass das Misstrauen gegenüber diesen Instituten noch weiter zunimmt. Der Marktanteil der Regionalbanken ist 1993 weiter gesunken. 20 bis 30 von ihnen sind mittelfristig nicht überlebensfähig. Die Frage ist, ob die Restrukturierung mit oder ohne Schaden erfolgen kann. Eine Reihe von Regionalbanken konnte nur Dividenden zahlen und Gewinne ausweisen, indem stille Reserven aufgelöst wurden. Manche dieser Institute sind mit Passiven längerfristigen gebunden, während die Aktiven nur kurzfristiger Natur sind.

In der Diskussion stellen die Mitglieder des Bundesrates dem Präsidenten der SNB zahlreiche Fragen über die Zukunft der Regionalbanken und die aktuellen diesbezüglichen Probleme im Kanton Waadt. Auch die Währungsunion in Europa, die Folgen des EWR-Neins auf die Zinsen, die Wünschbarkeit eines zweiten Investitionsbonus sowie die Folgen der Mehrwertsteuer für die Investitionen im Jahre 1994 und des Bundesdefizits für den Kapitalmarkt sind Gegenstand von Fragen.

Herr Lusser glaubt nicht, dass sich die europäische Währungsunion noch in diesem Jahrzehnt verwirklichen lässt. Der Kapitalmarkt kann die hohen Defizite des Bundes ohne Probleme absorbieren, ebenso die künftigen grossen Ausgaben wie etwa jene für die NEAT. Ein neuer Investitionsbonus käme zu spät zum Tragen. Was die Regionalbanken betrifft, so konnten für die fünf in grössere Schwierigkeiten geratenen gute Lösungen gefunden werden. Diese Angelegenheit muss aber weiterhin sorgfältig verfolgt werden. Die Ablehnung des EWR hat keinen Einfluss auf die günstige Zinsentwicklung gehabt, denn dafür waren andere Gründe massgebend.

Bundespräsident Ogi stellt fest, dass die SNB ihr Geldmengenziel am Freitag im Einvernehmen mit dem Bundesrat formell beschliessen und ankündigen darf.

FRAGESTUNDE

Zahlreiche Antworten geben zur Diskussion Anlass und werden geändert.

A propos de l'impôt sur le *vin, la bière et le tabac* il n'est pas nécessaire d'annoncer un train de mesures pour 1994 car la question n'est pas posée.

Il n'est pas indispensable d'affirmer que la Suisse ne quittera pas la *Facilité globale pour l'environnement*: une phrase de la réponse est donc biffée.

Wer hat in bezug auf die *GEF* beschlossen, dass sich die Schweiz für die Schaffung eines von der Weltbank unabhängigen Sekretariats einsetzt? Diese Aussage wird relativiert.

L'auteur d'une question demande le coût de la préparation du *rapport Widmer* sur le Jura. Il faut indiquer clairement que ce rapport a coûté à la Confédération 26'167 francs.

Bei der Beantwortung einer Frage über *Uran*-Geschäfte von der Schweiz aus sollte man eine transparente Information in Aussicht stellen, ohne zu präzisieren, dass die GPK-Delegation detaillierter informiert wird.

Sollen bei der *Mehrwertsteuer* Uebergangsbestimmungen vorgesehen werden, damit die Investitionen im Jahre 1994 nicht gebremst werden? Diese Frage ist kontrovers. **Bundesrat Delamuraz** fürchtet, dass zahlreiche Firmen ihre Investitionen erst 1995 unter dem Regime der MwSt tätigen werden. Man sollte deshalb nicht so deutlich behaupten, die Preise der Investitionsgüter seien immer noch tief genug, um die Investitionstätigkeit anzuregen. **Bundesrat Stich** ist bereit, diese Aussage zu streichen, er will aber nicht bereits jetzt einen Vorsteuerabzug in Aussicht stellen. Die Einnahmehausfälle von 1,4 Milliarden Franken wären zu gross. Der Chef des EFD wird dem Bundesrat zu dieser Frage gelegentlich ein Aussprachepapier unterbreiten.

In der Frage der *Beschwerde des TCS* gegen die Tempolimiten im Kanton Luzern diskutiert der Rat darüber, ob eine Oberexpertise in Aussicht zu stellen ist. Dies würde es

dem Rat ermöglichen, Zeit zu gewinnen und den Entscheid über die Beschwerde des TCS auf später zu verschieben. Andererseits kann man aber auch von einer Expertise keine schlüssige Antwort erwarten. Ein solcher Schritt hätte zudem präjudiziellen Charakter, denn Behörden-Entscheidungen basieren stets auf dem gegenwärtigen Stand der Kenntnisse. Der Rat entscheidet deshalb, keine Oberexpertise anzukündigen.

Stimmt es, dass sich die *Telefontarife* in der Schweiz unter dem Durchschnitt der OECD-Länder befinden? Dies ist laut Bundespräsident Ogi der Fall.

A propos du *bulletin de vote sur la TVA*, M. Stich souligne que c'est le Parlement qui, malgré les interventions de l'administration, a décidé des questions à poser au peuple. Dans la réponse de la Chancellerie, il faut donc l'indiquer encore plus clairement. Un texte plus concis est adopté.

Négoiations du GATT

M. Delamuraz rend compte de l'état des négociations pour la conclusion du cycle d'Uruguay. Il est probable que la négociation pourra se conclure le 15 décembre, mais des questions restent ouvertes. Des représentants de milieux paysans ont été reçus hier encore et ont exprimé un oui tiède à l'adaptation de l'offre suisse sur le volet agricole. Dans la discussion, plusieurs membres du Conseil posent des questions sur l'attitude de la paysannerie, sur les conséquences pour l'agriculture suisse et sur le déroulement des négociations, questions auxquelles le chef du DFEP répond en détail. A propos de la multifonctionnalité et de la clause de sauvegarde subsistent des points d'interrogation. Nos négociateurs ont reçu un mandat qui fixe les limites des concessions éventuelles. Il ne faut pas oublier qu'au début des négociations, on demandait une suppression totale des subventions à l'exportation de produits agricoles et qu'on ne discute plus que d'une réduction de 21 pour cent.

Révision de la Lex Friedrich

M. Cotti ne s'oppose pas aux propositions du DFJP, mais il souligne que les Suisses de l'étranger seront pénalisés car ils seront traités comme des étrangers. Leur déception sera légitime.

Massnahmen gegen die PKK

Bundesrat Koller schlägt verschärfte Massnahmen gegen die PKK vor, widersetzt sich aber einem Verbot dieser Organisation. Ein solches hätte zahlreiche Nachteile, denn die PKK und ihre Unterorganisationen würden in die Illegalität gedrängt und wären somit noch schwieriger zu überwachen. Der Rat teilt diese Auffassung. Auf Antrag von **Bundesrat Stich** wird aber auf eine Sonderrubrik für die Einschleusung von Informanten verzichtet. Es sind operationelle Massnahmen, welche durch die Polizeiorgane beschlossen werden und nicht unbedingt vom Bundesrat bewilligt werden müssen.

Revision des Kriegsmaterialgesetzes

Verschiedene Mitberichte müssen noch genauer geprüft und diskutiert werden, so dass die Verabschiedung der Vorlage verschoben wird. **Bundesrat Villiger** kommentiert aber die Philosophie des neuen Gesetzes. Es geht um die Verschärfung der heutigen Bestimmungen über den Waffenexport. Eine gewisse Flexibilität in der Anwendung soll aber möglich bleiben. Es wird immer einen politischen Spielraum geben, wenn zu entscheiden ist, ob etwas exportiert werden darf oder nicht. **Bundesrätin Dreifuss** möchte im Gesetz klar festlegen, wann Waffenexporte nicht bewilligt werden dürfen. Dafür sollten die Kriterien in den Artikeln 10 und 11 des heutigen Gesetzes übernommen werden. Der Chef des EMD wird zu den vorgetragenen Bedenken Stellung nehmen.

Revision der Ausbildungsvorschriften

Bundespräsident Ogi ist gegenüber den vorgeschlagenen Massnahmen skeptisch. Die Verfahren sind kompliziert, das Vorhaben kostspielig. **Bundesrat Stich** stellt dies nicht in Frage, unterstreicht aber, es handle sich um eine Folge der gewünschten Dezentralisierung der Ausbildung.

Modelle für Gedenkmünzen

Die vom EFD unterbreiteten Vorschläge werden erneut kritisiert. Es fällt dem Rat aber schwer, im jetzigen Zeitpunkt Vorschläge einer Jury total in Frage zu stellen. **Bundesrat Cotti** und **Bundesrätin Dreifuss** sind jedoch nicht bereit, die vorgesehenen Modelle für den Kanton Tessin und für die welsche Schweiz zu akzeptieren. Der

Rat beschliesst deshalb, zuerst die Münzen mit den Symbolen der deutschen und der rätoromanischen Schweiz zu prägen, welche zu keinen Beanstandungen Anlass geben. Gleichzeitig wird der Künstler Peter Emch eingeladen, seine Vorschläge für die italienische und die französische Schweiz zu überarbeiten.

Fiskalische Massnahmen im Bereich der Anlagefonds

Soll eine Motion zu dieser Materie abgelehnt oder als Postulat angenommen werden? **Bundesrat Delamuraz** plädiert für die Form des Postulats, denn es handelt sich um eine Motion einer Kommission. **Bundesrat Stich** ist mit dem Antrag einverstanden.

Redimensionnement de stations de recherches agronomiques

Les propositions du DFEP suscitent des critiques et des remarques. Les chercheurs de Reckenholz ne montrent pas beaucoup d'intérêt pour l'agriculture biologique. Les synergies existent déjà. **M. Delamuraz** souligne que c'est pour tenir compte de l'avis des autorités bernoises que la solution de compromis a été retenue. Il est néanmoins d'accord de renvoyer une décision pour tenir compte des remarques formulées. Pour ce qui concerne le personnel économisé, le **Président Ogi** ainsi que **M. Stich** plaident pour l'alimentation de la réserve du Conseil fédéral.

Loi sur les hautes écoles spécialisées

Tandis que **Mme Dreifuss** souligne la nécessité de garantir une bonne collaboration des hautes écoles spécialisées avec les universités, le **Président Ogi** et **M. Stich** sont préoccupés par les conséquences financières de cette réforme. Le taux de subventionnement de 33 pour cent est trop élevé. **M. Delamuraz** constate qu'il s'agit déjà d'un compromis, car les cantons demandaient un taux de 50 pour cent. Le chef du DFEP est néanmoins prêt à revoir la question, qui est donc renvoyée.

Loi sur les droits politiques

Le **Chancelier Couchepin** commente les décisions de la commission du Conseil national et ses propositions. **M. Koller** s'oppose à la proposition de la commission de biffer l'article 79, alinéas 2^{bis} et 3, concernant le droit de recours. Cette mesure va à l'encontre des décisions concernant l'allégement de la charge de travail du Tribu-

nal fédéral. Le Conseil partage cet avis, même si M. Couchepin souligne que la décision a été prise à une majorité telle que le plénum suivra sans doute.

Lettre des Commissions de gestion

M. Delamuraz propose que le Conseil fédéral, dans son avis, manifeste clairement ses doutes quant à l'opportunité de faire précéder les discussions au Parlement sur le rapport de gestion par une déclaration politique du Président de la Confédération. Une telle nouveauté devrait tout au plus être envisagée dans le cadre de la réforme du gouvernement. Il s'agit d'un pas du Parlement dans sa volonté d'accompagner la politique gouvernementale. Le Chancelier Couchepin précise qu'il s'agit d'une formule beaucoup moins contraignante que celles proposées dans le passé. Le Conseil approuve néanmoins la proposition de M. Delamuraz et complète sa réponse dans le sens indiqué.

Coopération au développement en Bosnie, en Croatie et en Albanie

Le DFAE propose l'acceptation d'une motion qui demande de décharger les instances chargées de notre politique d'asile en augmentant l'aide à ces pays. Pour M. Cotti, il ne s'agit pas d'accepter davantage de requérants d'asile de ces pays. Le Conseil décide néanmoins de proposer la transformation de la motion en postulat pour ne pas susciter de faux espoirs.

Verschärfung des Embargos gegen Libyen

Die Befolgung der UNO-Massnahmen gegen Libyen durch die Schweiz wirft grundsätzliche Fragen auf. Soll die Schweiz immer mitmachen? Es gilt, die Folgen solcher Entscheide zu berücksichtigen. Für die Swissair bedeutet ein solcher Entscheid einen Verlust von mindestens 24 Millionen Franken pro Jahr. Hat man an die Folgen für die Raffinerie von Collombey gedacht? Bundesrat Villiger zeigt sich von der Legitimation des UNO-Entscheides nicht überzeugt. Das Ganze sieht nach einer Machtdemonstration der Amerikaner gegenüber Libyen aus. Der Entscheid wird verschoben.

AUSSPRACHEN

Ungültigerklärung von zwei Initiativen

Der Rat beschliesst, über die Frage der allfälligen Ungültigerklärung der Initiativen für weniger Militärausgaben und für eine vernünftige Asylpolitik erst beim Vorliegen der entsprechenden Botschaftsentwürfe zu entscheiden.

Coopération transfrontalière des cantons

Le Conseil prend connaissance de la note de discussion. M. Stich souligne que ce n'est pas la Confédération qui doit subventionner les activités des cantons en la matière. M. Delamuraz constate que l'activité des cantons décharge la Confédération. Il faut donc prévoir des dépenses de l'ordre de 30 millions de francs en six ans. Le Conseil est d'accord.

UMFRAGEN

- M. Delamuraz - informe le Conseil sur ses prochains voyages à Bruxelles et à Vienne.
- BR Koller - wird über die Beratungen der Innenminister in Brüssel schriftlich berichten. Die EU-Staaten sind bereit, die Frage der inneren Sicherheit auch mit Drittländern zu diskutieren.
- Die Baudirektoren haben sich darüber beschwert, dass der Bund in bezug auf die Beschleunigung der Verfahren noch keine Massnahmen getroffen hat. Die Ergebnisse der Studien der VKB sind dringend.
- M. Cotti - rend compte par écrit de la conférence de Rome de la CSCE. La Russie cherche à trouver sa place en Europe;
- le ministre des affaires étrangères de Turquie lui a signalé clairement à

deux reprises qu'Ankara souhaite la normalisation des relations diplomatiques avec la Suisse. Le DFAE va donc examiner ces prochains mois, sans trop de hâte, s'il veut envoyer un ambassadeur en Turquie;

- la presse a relaté, avant même que les intéressés soient informés, la nouvelle pratique du DFAE en matière d'engagement de diplomates.

BR Villiger

- Die SP hat an ihre Sympathisanten einen Bettelbrief mit den Unterschriften von Herrn Stich und von Frau Dreifuss verschickt. Solche Briefe sind mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der Kollegialität zu vermeiden, denn darin werden auch bundesrätliche Entscheide in Frage gestellt.

Chanc. Couchepin - pour le dîner diplomatique, la date du 11 mai 1994 est retenue.

Präsident Ogi

- muss die nächste Sitzung wegen eines offiziellen Besuchs in Spanien bereits um 10 Uhr verlassen. Der Beginn der Sitzung wird deshalb auf 08.30 Uhr vorverschoben.
- Die Schaffung eines Koordinationsorgans für die Frage der Arbeitsplätze des EMD in Thun ist zu begrüssen.
- Der GS des EVD, Fritz Mühlemann, wird neuer Direktionspräsident der BKW und verlässt deshalb seine heutige Funktion. Nach 14 Jahren ist ein Wechsel verständlich.
- Das EDA sollte sich des Problems der Schleuse in Kemps annehmen.

10.12.1993 AC-d1

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI

geht an:

- Departementsvorsteher/in (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler/in (2)